

Trittfest im Strukturwandel

Der zweitjüngste Regierungsrat hat angesichts des Strukturwandels und verschärfter Verteilungskämpfe keinen einfachen Stand. Jedoch lässt sich Beni Würth von schwierigen wirtschaftspolitischen Anforderungen nicht aus der Ruhe bringen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative beschert ihm als Delegierter der Kantone Zusatzarbeit – und wohl manchen Konflikt. Ob das Parlament dies goutiert, wird sich zeigen.

2014 konnte sich Würth über aufgegleiste Bahnverkehr-Ausbauten und die unbestrittene Standortförderung freuen. Auf der «grünen Themenseite» forderten den 46-Jährigen die Umsetzung der neuen Agrarpolitik und das überarbeitete Jagdgesetz, das «flott durchging»; ein Erfolg auch der zweite Anlauf für das Fischereizentrum Steinach.

Weniger Glück hatte er im Toggenburg, wo der Naturpark Neckertal abgelehnt wurde und Würths Rolle im Kanti-Streit nicht restlos geklärt ist. Als Amtsvorsteher wirkt der Mörschwilser solid und stets dossiersicher, zuletzt gewann er auch in ökologischen Fragen an Profil. So traut man ihm zu, künftige Brocken wie das neue Gesetz über den ÖV zu bewältigen.



Beni Würth, CVP
Volkswirtschaftsdepartement

Widerstand an zwei Fronten

Stefan Kölliker hatte 2014 keinen einfachen Start. Noch gezeichnet von seiner Krankheit, musste er den Berufsauftrag für die Lehrer gegen teils heftigen Widerstand zur Abstimmungsreife bringen. Gleichzeitig kam der Lehrplan 21 unter Beschuss. Kölliker hielt sich zu Beginn zurück, ging aber in die Offensive, als der Reform das vorzeitige Aus drohte. Dass er sie gegen den Widerstand der eigenen Partei verteidigte, wurde ihm nicht überall verziehen. 2015 wird nun die Entscheidung bringen. Bis zum Sommer soll der Lehrplan beschlossen sein, dann beginnt die Vorbereitung für die Einführung im Jahr 2017.

Als Bumerang hat sich seine Empfehlung von 2013 erwiesen, ein Kopftuchverbot an den Schulen einzuführen: Das Verwaltungsgericht hat das Kopftuchverbot der Schule St. Margrethen

im vergangenen November aufgehoben. Noch immer nicht geklärt ist seine Rolle im Kanti-Streit zwischen Toggenburg und Linthgebiet. Klärungsbedarf wird der 44-Jährige auch in zwei anderen Bereichen haben: bei der Zusammenlegung der Fachhochschulen St. Gallen, Rapperswil und Buchs sowie der Reorganisation der Behörden der Berufsfachschulen.



Stefan Kölliker, SVP
Bildungsdepartement



Bilder: Urs Bucher/Regina Kühne

Der Eingang des St. Galler Regierungsgebäudes.